

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementspreis 8 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 4 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 88, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postkontonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Der Generalangriff auf die Arbeitslosenversicherung.

Die Arbeitslosenversicherung ist Gegenstand heftiger Angriffe. Durch völlig abnorme, seit Jahrzehnten unbekanntene Wetterverhältnisse, die sich noch heute aus verschiedenen Ursachen wirtschaftlich böse auswirken, und weiter durch außenpolitische Schwierigkeiten, die auf unsere Wirtschaft stark zurückwirken, wurde der Arbeitsmarkt so stark gestört, daß in den letzten Monaten zeitweilig über 2 1/2 Millionen Erwerbslose unterstützt werden mußten. Nur langsam ebbt diese Krise ab, so daß Ende April noch rund 1,2 Millionen Erwerbslose unterstützt werden mußten. Die Reichsanstalt konnte diese enorme Belastung aus eigenem nicht tragen. Sie mußte, wie von vornherein im Gesetz vorgesehen, Darlehen des Reiches in Anspruch nehmen. Außerdem war schon im Dezember 1928 der Reichsanstalt ein Teil der Unterstützungslast insofern abgenommen, als die „Sonderfürsorge“ in Fällen berufstätiger Arbeitslosigkeit zu vier Fünfteln vom Reich übernommen wurde. Insgesamt entstand dadurch für das Reich eine sehr erhebliche Last, nämlich eine Ausgabe von rund 90 Millionen Mark für die Sonderfürsorge und eine Darlehensgewährung an die Reichsanstalt, die wahrscheinlich bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Unterstützung aus den laufenden Mitteln bestritten werden kann, etwa bis auf 310 oder 320 Millionen Mark aufgelaufen sein wird. Da die Reichsanstalt in ihren über das ganze Land zerstreuten Geschäftsstellen beträchtlicher Betriebsmittel bedarf, ist aber anzunehmen, daß der tatsächlich notwendige Darlehensbetrag erheblich geringer ist. Trotzdem bleibt eine Belastung des Reiches, die weniger durch die absolute Höhe überrascht (im Winter 1925/1926 mußten aus öffentlichen Mitteln über 700 Millionen Mark aufgewendet werden), die jedoch dazu führte, die ohnehin völlig verfahrenen Reichsfinanzen unheilvoll zu verschlechtern. Es ist hier nicht Gelegenheit, die Ursachen der Reichsfinanznot zu untersuchen. Die Arbeitslosenversicherung ist es jedoch nicht. Während die Finanzen von der früheren Regierung, in der keine Sozialdemokraten saßen, vernünftig geführt worden; so konnte eine aus einer abnormen Krise erwachsene Darlehensgewährung von rund 300 Millionen Mark sie nicht erschüttern.

Auf diesem Boden sind die Angriffe gegen die Arbeitslosenversicherung zwar nicht entstanden, aber gereift. Wir haben wiederholt berichtet, wie die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände diese Gelegenheit nutzte, um einen seit langer Zeit geplanten Schlag gegen die Arbeitslosenversicherung zu führen. Systematisch wurde die Öffentlichkeit mit Schreckbildern über Mißbräuche der Versicherung gereizt. Da fehlte kein Requisit aus der früheren Kampfen gegen den Arbeiter. Da marschierten die unterstützten Erwerbslosen auf, die Autos kaufen, Jagden pachten, bis zur Bestimmungslosigkeit laufen oder zur Abwechslung ihre Unterstützung fleißig zur Sparkasse bringen, während notleidende Arbeitgeber schon auf die Einzahlung warten, um von der Sparkasse ein Darlehen aus den sorglich aufgesparten Unterstützungsgeldern zu erbetteln. Faul waren Scharen von Unterstützten, unwillig Arbeit anzunehmen, nur bereit, unberechtigt auf Kosten der Versicherung zu leben. Im tollen Chor schrie alles: Mißbrauch. Und da dieser „Mißbrauch“ obendrein die Reichsfinanzen „zerstörte“ und schließlich fast allein für die Folgen der Ludermwirtschaft früherer Regierungen verantwortlich gemacht wurde, war der Boden bereitet, auf dem die Psychose gegen die Arbeitslosenversicherung erwachsen konnte. Es ging wie bei jeder Massenpsychose. In Unkenntnis der wirklichen Zusammenhänge wird jede noch so dumme Behauptung geglaubt. Statt ruhig und sachlich zu prüfen, wird unbesehen verurteilt. Die Arbeitgeber nährten systematisch durch teils bewußt falsche, teils maßlos übertriebene Darstellungen diese Heße. Sie sind nie Freunde der Arbeitslosenversicherung gewesen, weil diese den Hunger der Erwerbslosen aus dem lohnpolitischen Kalkül der Unternehmer ausschaltet. Aber sie konnten die Arbeitslosenversicherung nicht verhindern. Jetzt scheint ihnen die Zeit gekommen, sie wenigstens so weit wie irgendmöglich, abzubauen.

Waren Mißbräuche vorhanden, und kein vernünftiger Mensch wird leugnen, daß nicht auch in der Arbeitslosenversicherung wie in jeder andern Einrichtung einzelne die Einrichtung mißbrauchen, so mußten diese Mißbräuche ans Licht gezogen und untersucht werden, um sie abstellen zu können. Es mußte untersucht werden, ob der Verwaltungsapparat genügend gut war und ob das Gesetz hier oder dort unzuweckmäßige Bestimmungen enthielt. Schon beim Aufbau des Verwaltungsapparates versagten die Arbeitgeber. Die Reichsanstalt mußte gegen viele offene und verkappte Widerstände ihren Verwaltungsapparat aufbauen. Die Arbeitsämter waren unter der früheren Regierung völlig dezentralisiert und teils heillos verfallend, teils standen sie nur auf dem Papier. Ueberwiegend waren

es bloße Unterstützungsstellen ohne jede Uebersicht über Versicherte und über den Arbeitsmarkt; Vermittlungstätigkeit war vielerorts unbekannt. Erst im Herbst des Vorjahres konnte die Reichsanstalt die bestehenden öffentlichen Arbeitsnachweise in ihr Verwaltungssystem eingliedern. Sofort setzte der Kampf um die Größe des Verwaltungsapparates ein. Die Arbeitgeber wollten den Apparat möglichst klein halten, um zu beweisen, daß sie abzubauen und zu sparen verstanden. Diese falsche Sparsamkeit mußte sich verhängnisvoll auswirken, als die Krise mit ungeahnter Schärfe einbrach. Das für die Arbeitsvermittlung, für Kontrolle und Aufsicht gedachte Personal mußte nur für die Versicherungsabteilungen eingespart werden. Das Personal hat teils bis zum physischen Zusammenbruch arbeiten müssen, Ueberarbeit bis zu 25 und mehr Stunden wöchentlich wurden notwendig und doch haben die Arbeitslosen vielerorts 4 und 5 Wochen auf ihre Unterstützung warten müssen. Viel Erleichterungen können geschaffen werden durch moderne Bureautechnik und Arbeitsersparnis. Aber das erfordert einige Zeit, weil hunderte von dezentralisierten, nach sehr verschiedenen Auffassungen und vielfach völlig unzuweckmäßig eingerichteten Amtsstellen vereinheitlicht werden müssen. Diese Aufgabe zu lösen ist die Reichsanstalt im besten Zuge, die Massenarbeitslosigkeit des Winters hat aber die Lösung verzögert. Zweifellos hat hierunter die notwendige Kontrolle gelitten.

Ueberraschend ist nicht, daß Mißbräuche vorkommen, überraschend ist, daß nicht mehr Mißbräuche feststellbar sind. Wo sind denn die Mißbräuche? Merkwürdig, alle Welt war voll davon und doch fehlen so konkrete Angaben, daß eine Untersuchung möglich ist. Die Reichsanstalt setzte aus ihrem Vorstand einen besonderen Untersuchungsausschuß ein. Wer konkrete Mißbräuche kannte, sollte sie aufzeigen. Allerdings so, daß eine Nachprüfung möglich war. Aber immer stieß man auf beweislose Behauptungen. Zeitungen meldeten, daß sich Arbeitslose in Massen um die Arbeit herumdrücken. Nie konnte man den Ort erfahren, um nach dem Rechten zu sehen. Berechtigte und konkrete Klagen mußten doch bei der Reichsanstalt selbst zusammenlaufen. Nach eifrigem Durchstöbern der Akten fand man aus einem Heer von 2,4 Millionen Arbeitslosen armelige 40 Fälle. Und selbst diese klären sich noch zum großen Teil auf. Das Reichsheer muß verschneite Straßen freimachen, weil die Arbeitslosen die Hände in die Taschen stecken, hieß es. Nichts bleibt von dieser Lüge. Studenten müssen angefordert werden, weil in der Kohlennot die Arbeitslosen nicht arbeiten. Auch das erweist sich als Lüge. Braunkohlenwerke können keine Arbeiter bekommen, obwohl Tausende von Unterstützten vorhanden sind. Die Arbeitsämter klären den Fall fast reflexlos als maßlose Uebertriebung. Wo sind in Wirklichkeit die „berühmten Bauern“, die ihre Kinder wechselfleißig beschaffigen, um die Arbeitslosenunterstützung zu ergattern? Man kennt wohl die Behauptung, der Nachweis der Täter ist nicht gelungen. Gewiß bestehen Mißbräuche, aber wir behaupten, sie sind ungeheuer viel geringer als man die Öffentlichkeit glauben machen wollte, und wo sie auftreten, lassen sie sich im Verwaltungsweg bekämpfen.

Soweit die Mißbräuche, das heißt Verletzungen der gesetzlichen Bestimmungen. Aber vielleicht gibt es Mißstände, das heißt Bestimmungen im Gesetz, die in durchaus legaler, also nicht durch Verwaltungsmaßnahmen auszurückende Ausnutzung eine sozialpolitisch nicht vertretbare Belastung der Versicherung darstellen. Die Reichsanstalt führt zur Zeit eine ganz groß angelegte Statistik durch, die gewisse Zweifelsfragen klären soll. Ueber die 2,3 Millionen Erwerbslose, die am 15. März unterstützt wurden, wurden eingehende Erhebungen durchgeführt. Vor allem wird erforscht, wie die Anwartschaft auf die Unterstützung entstanden ist. Diese ungeheure Arbeit wird wichtiges und wertvolles Material zur Beurteilung vieler Fragen liefern. Allerdings bedarf es zur Aufarbeitung einiger Monate Zeit. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat den Vorschlag gemacht, durch einen interfraktionellen Ausschuß unter Zuziehung von Sachleuten an der Hand der Ergebnisse bei Erpedung nachzuprüfen, ob das Gesetz etwaige schädliche Wirkungen aufweist. Die Gewerkschaften haben diese Untersuchung begrüßt, die Arbeitgeber lehnen sie ab, denn diese glauben die Gunst des Augenblicks, das heißt die unsinnige und künstlich erzeugte Psychose, nutzen zu sollen, um die Arbeitslosenversicherung abzubauen.

Es war daher nur konsequent, wenn die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände am 1. Mai mit einem fertigen Reformprogramm an die Öffentlichkeit trat. Sie hat fertige Lösungen, sie braucht keine Untersuchungen. Sie hat ein Ziel — nämlich: Es müssen jährlich mindestens 400 Millionen Reichsmark gespart werden, und diesem Ziel opfert sie einfach die Ar-

beitslosenversicherung von Millionen von deutschen Arbeitnehmern, wobei sie sich zur Begründung ihrer Reformvorschlüge beweislose Behauptungen von der oben gekennzeichneten Art bedient.

Was will nun die Vereinigung? Grundtätlich aus der Versicherung sollen ausscheiden:

1. Arbeitnehmer während der berufstätigen Arbeitslosigkeit. Die Frist und die Berufsarten sollen durch die Reichsregierung bestimmt werden. Gedacht ist an vier Monate im Jahr. Dadurch sollen 300 Millionen Mark im Jahr gespart werden. Als Begründung soll gelten, daß berufstätige Arbeitslosigkeit nicht als versicherungsfähiges „Risiko“ gelten könne und daher nicht unterstützungsfähig sei. Ein sehr magerer Trost für den Arbeitslosen. Schade, daß berufstätige Arbeitslosigkeit ebenso hungrig macht wie versicherungsfähige. Die Arbeitnehmer wissen ja, daß ihr Beruf Saisonarbeit ist — also keine Unterstützung. Daß die wirtschaftliche Entwicklung dem Saisonarbeiter früher gewohnte winterliche Füllarbeiten nahm, wird nicht beachtet. Der Saisonarbeiter hat „hohe Löhne“, die das Risiko ausgleichen. Eine Fabel, die in der Öffentlichkeit gerne geglaubt wird. Hat der Landarbeiter, der Ziegler usw. einen hohen Lohn? Aber der Bauarbeiter! Man sehe die Arbeitslosenziffern unserer Bauarbeiterverbände! Sechs Monate gibt es im Jahr, in denen die Löhne der Arbeitslosen (auch der Facharbeiter) unter 10 % liegen. Das heißt: für zahlreiche Bauarbeiter zählt nur der Lohn eines halben Jahres. Nicht gerechnet werden Feiertage durch Regen und Arbeitswechsel, nicht gerechnet wird, daß der Lohn durchaus nicht überall „hoch“ ist, nicht gerechnet wird, daß für weite Bezirke des Reiches die Bauarbeiter auch in diesem Jahre in banger Sorge leben, ob sie 26 Wochen Arbeit, also die Wartezeit, zusammenbringen. Sie reißen sich um Arbeit und finden keine. Glaube die Vereinigung im Ernst, sie könnte den Millionen von Saisonarbeitern ein Recht auf Unterstützung rauben, daß sie seit 1918 ebenso wie andere Arbeiter haben?

2. Heimarbeiter. Das Arbeitsverhältnis sei zu schwer kontrollierbar. Wenn die Arbeitgeber nur wollen, gibt es schon genügend Möglichkeiten, den Heimbetrieb zu überwachen. Sie brauchen nur den Anregungen zu folgen, die die Gewerkschaften zum Heimarbeitsgesetz gaben. Die Heimarbeiter ist juristisch meist ein „Werkvertrag“, also handelt es sich um Arbeitgeber. Leider sind aber trotz des „Werkvertrages“ die Heimarbeiter meist die elendesten Geschöpfe, die die Arbeitslosigkeit am heftigsten packt. Würde man sie ausschließen, so würden es die Gemeinden sehr schnell an ihrem Wohlfahrtsebat sparen, wie überhaupt alle Maßnahmen der Vereinigung meist nur eine Verschlebung der Ausgaben von der Versicherung auf die Wohlfahrtspflege darstellen. Diese würde natürlich die gemeindliche Steuerschraube (Gewerbesteuer) anziehen müssen.

3. Alle Eigentümer und Pächter von Grundbesitz, die von diesem Grundbesitz ihren Unterhalt beziehen, auch wenn sie dauernd als Lohnarbeiter tätig sind. Ausgeschlossen sollen auch die Angehörigen sein.

Über die Vereinigung geht weiter. Für alle Versicherten soll wieder die Bedürftigkeitsprüfung eingeführt werden, ein Rechtsanspruch auf Unterstützung soll nicht mehr bestehen. Bei allen Versicherten sollen sowohl Einnahmen aus Besitz, Renten usw. angerechnet werden. Alle Einnahmen der Familienmitglieder rechnen zusammen. Also glücklich wieder die alte Fürsorge, nur noch verschlechtert. Hier braucht die Vereinigung einen kleinen Juristenkniff. Sie will die Versicherung erhalten, nur will sie das Versicherungsobjekt etwas verschieben. Der zu versichernde Schadensfall ist nicht die Arbeitslosigkeit, sondern nur die Notlage infolge Arbeitslosigkeit. Diese Erkenntnis will die Vereinigung sicher nur auf alle Versicherungszweige anwenden. Versicherungsleistungen aus der Lebens-, Renten-, Feuer-, Transport- und dergleichen Versicherungen treten beileibe nicht ein, wenn der Schadensfall vorliegt, sondern erst wenn eine „Notlage“ durch den Schadensfall eintritt. Die Versicherungsgesellschaften werden die Hände reiben. Es ist unerfreulich, daß die Vereinigung nicht den Mut aufbringt, klar zuzugeben, daß sie dem Versicherten den Rechtsanspruch nehmen will.

Der Arbeitslose soll gezwungen werden, Arbeit anzunehmen. Daher soll der Arbeitslose, der Arbeit ohne berechtigten Grund ablehnt, nicht wie bisher mit vier Wochen Unterstützungsentzug bestraft werden, sondern er soll so lange keine Unterstützung erhalten, bis er in neuer Arbeit wieder einen neuen Unterstützungsanspruch erworben hat, das heißt erneut mindestens 26 Wochen in Arbeit stand. Daß die Gründe, die zur Ablehnung der Arbeit berechtigten, verschlechtert werden sollen, bedarf keiner Erwähnung. Die Derivität der Vorschläge wäre nicht vollkommen, wenn derartige schlechte.

Jeder vorwärtstrebende Kollege liest unser „FACHBLATT DER MALER“!

Und Du? Bist Du schon Abonnent?

Die Höhe der Unterstützung soll sich aus dem Arbeitsentgelt der letzten sechs (nicht drei) Monate berechnen. Arbeitslose, die in einem andern Ort wohnen als dem, wo sie ihre Unvorfahrt erworben, erhalten ihre Unterstützung nur in Prozentföhen des an ihrem Wohnort maßgebenden Tarif- oder ortsüblichen Lohnes. Damit soll den Arbeitnehmern, die in der Stadt arbeiten, aber auf dem Lande oder in kleineren Gemeinden wohnen, oder die als Wanderarbeiter in ihre Heimat zurückkehren, die Unterstützung gekürzt werden. Eine alte Forderung der Landwirte, die das böse Beispiel einer ehrlich erworbenen höheren Unterstützung fürchten.

Nichtstandsarbeiter sollen von der Versicherung getrennt werden. Ob die Vereinigung grundsätzlich Notstandsarbeiten beseitigen oder nur das Finanzierungssystem ändern will, sagt sie nicht klar. Zweifellos will sie das erstere.

Soweit das Maiprogramm der deutschen Unternehmer. Man muß schon sagen, sie gehen aufs Ganze. Das sie ausgerechnet am 1. Mai, dem Tag der Propaganda des Arbeiters für den Ausbau der Sozialpolitik, ihr „Programm“ der Öffentlichkeit übergeben, scheint mehr als ein Zufall zu sein, denn man muß es werten zusammen mit ihrem Programm bezüglich des Schlichtungswesens, das ebenfalls an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Daß die Gewerkschaften dieses Programm in seinem ganzen Umfang als undiskutabel ablehnen, brauchen wir nicht zu versichern, und die Vereinigung wird daran auch nicht gezweifelt haben.

Was nun? Die Reichsanstalt ist durch eine Verkettung von Naturereignis und Wirtschaftsstörung, nicht durch übertriebene Leistung der Versicherung, in eine schwierige Lage gekommen. Bereits belastet mit 300 bis 320 Millionen Mark Darlehen, bietet der auch vor uns liegende Sommer keine Hoffnung, erhebliche Rücklagen in den Ueberschußmonaten für den nächsten Winter zu machen. Man könnte daran denken, die Dinge an sich herankommen und durch weitere Darlehen im nächsten Winter die Verschuldung weiter steigen zu lassen, in der Hoffnung, daß eine künftig hoffentlich bessere Arbeitsmarktlage die Rückzahlung des Darlehens ermöglicht. Das wäre jedoch kurzfristig. Einmal weil eine zu große Schuld aufläuft und weil die Reichsfinanzen entlastet werden müssen. So bleibt der Weg einer Beitragserhöhung. Ein weiteres Prozent würde jährlich 270 bis 275 Millionen Reichsmark bringen. Gewiß ist eine solche Erhöhung auch dem Arbeiter nicht leicht, aber sie ist unumgänglich. Daneben sind die Gewerkschaften bereit, den von der sozialdemokratischen Fraktion gezeigten Weg zu gehen, nämlich gründlich und ehrlich an einer sachlichen Untersuchung mitzuarbeiten und etwa sich tatsächlich zeigende schädliche Wirkungen des Gesetzes zu beseitigen.

Ebenso entschieden wenden sich die Gewerkschaften aber gegen jeden Versuch, möge er herkommen woher immer, die Arbeitslosenversicherung in ihren Wesenszügen zu verschlechtern. Sie vertreten ein Prinzip, für das sie jahrzehntelang kämpften und um das sie mit Erbitterung weiterkämpfen werden. Es mag der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände leicht dünken, in diesem Augenblick den Widerstand der Gewerkschaften überrennen zu können. Sie irrt sich!

Großunternehmer fordern Lohnabbau.

Wenn eine Vereinigung der Schwerindustriellen eine Tagung abhält, kann man sicher sein, daß wieder eine neue Heße gegen die Arbeiterschaft vom Stapel gelassen wird. So ist auch die Tagung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute nicht vorübergegangen, ohne daß nicht wieder auf der Lohnhöhe oder auf der Arbeitszeit herumgepaukt wurde. Der Direktor Raabe sprach über das vielversprechende Thema „Arbeitszeit und Arbeitslohn“. Er setzte auseinander, daß sich innerhalb dreier Jahre die Löhne um

50 % erhöht hätten. Der Severingsche Spruch gilt bekanntlich bis zum 30. September 1930. Niemand kann wissen, in welchen Zuständen wir uns in anderthalb Jahren befinden. Es ist durchaus möglich, daß Deutschland nach der endgültigen Erledigung der Reparationsfrage über eine günstige Konjunktur verfügt. Aber dessen ungeachtet, seien die Verhältnisse wie sie wollen; die Unternehmer sagen schon heute, daß in anderthalb Jahren keinerlei Verbesserungen gewährt werden können. Nach der D. W. Z., Nr. 105, erklärt Direktor Raabe, daß man sich auf den 30. September, also auf die Tariferneuerung, vorbereiten müsse. Ueber das Wie sagt er folgendes: „Die Aufklärung der Arbeitnehmer und der öffentlichen Meinung darf nicht einen Monat vor dem Konflikt, sie muß sofort beginnen. Schon heute muß gesagt werden, daß im Oktober nächsten Jahres die Eisenindustrie keine Lohnerböhung mehr wird geben können. Es genügt in diesem Zusammenhang der Hinweis auf die Konkurrenz der Frankenkänder. Schon heute ist sicher, daß keine Lohnerböhung mehr möglich ist, mag auch die Konjunktur sich erheblich bessern.“ Nach der genannten Zeitung richtete der Vortragende dann eine ernste Mahnung an die Industriegruppen, die nur das Inland beliefern. Er erklärte, „daß diese nicht das Recht haben, die Löhne ohne Rücksicht auf die übrigen Zweige der Wirtschaft zu erhöhen. Diese Gruppen müssen vielmehr als erstes dafür Sorge tragen, daß ein Abbau der Löhne erfolgt. Die einzelnen Gruppen der Wirtschaft sind in dieser Beziehung unlösbar miteinander verbunden und müssen sich ihrer Verantwortung gegen das Ganze bewußt sein.“

Wenn man sich die vergangenen Kämpfe ins Gedächtnis zurückruft, weiß man, was diese Herren mit ihrem Appell an die übrigen Wirtschaftsgruppen meinen. Sie haben das Baugewerbe, die Textilindustrie, das Brauergewerbe und andere im Auge und versuchen mit allen Mitteln, diese dazu zu bewegen, nicht nur keine Lohnerböhung zu bewilligen, sondern auch noch die bestehenden Löhne abzubauen. Um nun diese Unternehmer fest an der Strippe zu halten, will man dazu übergehen, mit ihnen nähere Verbindungen einzugehen. Wie Raabe in dem Vortrage ausführte, will die Schwerindustrie mit andern Industriegruppen **u e r v e r b i n d u n g e n** schaffen, damit die Kämpfe auf der Basis großer Kampfgebiete geführt werden können. Wir haben hier den systematischen Versuch, eine Einheitsfront der Unternehmer zwecks Abbau der Löhne zu schaffen. Zu diesem Zweck sollen die vorgenannten Querverbindungen dienen. Die „Bergwerks-Zeitung“ überschreibt ihren Bericht: „Gebundene Marschroute der Eisenindustrie“. Wenn diese Marschroute bereits auf Jahre hinaus festliegt, dann wird es Zeit für die Arbeiterschaft, ihrerseits Vorbereitungen für alle Möglichkeiten zu treffen.

Wohlführlern Beruf

Bezirksarbeitsvertrag für Ostpreußen für allgemeinverbindlich erklärt.

Der Reichsarbeitsminister
III b 3271/23 Tat.

Berlin NW 40, den 13. Mai 1929.
Scharnhorststraße 35.

Entscheidung.

Die nachstehende tarifliche Vereinbarung wird für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 2 der Tarifvertragsordnung in der Fassung vom 1. März 1928 (Reichsgesetzblatt I Seite 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

1. Vertragsparteien
 - a) auf Arbeitgeberseite:
Ostdeutscher Verband für das selbständige Maler- und Lackierergewerbe E. V., Königsberg.
 - b) auf Arbeitnehmerseite:
Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lüncher und Weißbinder Deutschlands, I. Bezirk.

Großfunkstation Rauen.

Bei strahlendem Sonnenschein führen die Redakteure der Gewerkschaftszeitungen an einem Mittage nach der Großfunkstation Rauen. Wir folgten einer Einladung der Transradio-A.-G., der Besitzerin dieser Anlagen. Nach einer einstündigen Autofahrt tauchten die hohen Funktürme bei Rauen auf. Hatten wir diese Masten so manchmal vom fahrenden Zuge aus gesehen, so vermochten wir uns doch keine Vorstellung zu machen, daß diese bis 260 Meter hoch sind. Nun konnten wir diese Wahrzeichen des modernen Verkehrs aus der Nähe bewundern.

Die Begrüßungsrede, die der Chef der Werbeabteilung der Transradio-A.-G., Herr Platen, hielt, führte uns in eine ganz neue Welt ein. Mit Stauern mußten wir vernehmen, daß hier täglich rund 50 000 Worte in die Welt hinausgeschickt werden. Und als wir später die Betriebsanlagen besichtigten und die kleinen vibrierenden Zeiger an den Meßapparaten sahen, dann merkten wir, daß an der Stelle, wo wir uns befanden, der Pulsschlag der Welt zu fühlen ist. Der internationale Verkehr und die Verständigungsmöglichkeiten der Menschen wachsen von Tag zu Tag. Die menschliche Stimme vermag heute den Erdwall zu durchdringen. Ein von der Transradio übermitteltes Telefongespräch nach Argentinien, also auf eine Entfernung von rund 11 000 Kilometern, ist genau so klar zu hören, als wenn sich zwei Menschen auf einen Meter Entfernung gegenüberstehen. Und doch sind wir wahrscheinlich erst am Anfang dieser Entwicklung, die noch Ungeahntes erwarten läßt. Nach einigen Jahren wird es wahrscheinlich kein Land der Erde mehr geben, das nicht in wenigen Minuten durch den drahtlosen Verkehr telephonisch erreicht werden kann.

Ueber die Anlagen der Großfunkstation Rauen sei kurz folgendes gesagt. Die Transradio-A.-G. ist eine Tochtergesellschaft der Telefunken G. m. b. H., die gemeinsam von der AEG. und Siemens & Halske gegründet wurde. Auch das Reich beziehungsweise das Reichspostministerium ist an der Transradio-A.-G. beteiligt. Letztere wurde als Betriebsgesellschaft im Jahre 1918 errichtet zu dem Zwecke, den drahtlosen Uebersee-Verkehr zu befördern und die seit 1906 bestehende Funkstation Rauen zu übernehmen. Rauen war anfangs eine Versuchsstation, wo man mit einem 10-Kilowatt-Knallfunkensender, einem 100-Meter-Mast, einer Schirmantenne und sonstigem Gerät das Problem der drahtlosen Uebertragung in Wort und Schrift zu lösen versuchte. Die Anlagen wurden rasch verbessert, so daß 1910 bereits eine Reichweite von 3000 Kilometer erreicht wurde. Diese stieg 1912 auf 4700, 1914 auf 8300, 1916 auf 11 000 und im Jahre 1918 auf 20 000 Kilometer. Heute besteht eine Reichweite von drei- bis viermal um die Erde.

Die bereits in kurzer Zeit erreichte Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ländern wurde durch den Krieg jäh unterbrochen. Aber ehe noch der Friede geschlossen war, wurden die Verbindungen namentlich mit Nordamerika bereits wieder angeknüpft. Heute hat der im Jahre 1914 eröffnete öffentliche Telegrammverkehr mit Nordamerika eine Ausdehnung erreicht, daß man es sich kaum vorstellen kann, wie der moderne Geschäftsverkehr zwischen den beiden hochentwickelten Erdteilen ohne die drahtlose Uebertragung von Wort und Schrift möglich sein könnte. Die Großfunkstation Rauen dient nur für den Sendeverkehr. Der gesamte Empfang der drahtlosen Uebermittlungen geschieht von der Station Lefkow bei Potsdam. Sendung und Empfang vereinigen sich in der Betriebszentrale in Berlin, Oranienburger Straße. Diese

2. Abgeschlossen am 17. September 1928, Bezirksarbeitsvertrag.

3. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter im Malergewerbe mit Ausnahme der Betriebe, für die besondere Tarifverträge bestehen.

4. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Provinz Ostpreußen.

5. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf § 13 des Bezirksarbeitsvertrages; sie erstreckt sich ferner nicht auf die Regelung der Arbeitsverhältnisse der Lehrlinge, soweit durch Handwerkskammern oder Innungen innerhalb ihrer gesetzlichen Befugnisse anderweitige Bestimmungen getroffen sind oder getroffen werden.

6. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 1. April 1929.

Im Auftrage gez. Stiller, Beglaubigt gez. Richter, Ministerial-Rangleobensekretär.

Baugewerbliches

Die Bau- und Wohnungswirtschaft wird von dem Verbrechen beherrscht, durch geeignete Maßnahmen die Mietlöhne so zu senken, daß nach Möglichkeit die neu gebauten Wohnungen von den unter der Wohnungsnot leidenden minderbemittelten Volksgenossen bezogen und bezahlt werden können. Die gestellte Aufgabe ist lösbar, wenn es gelingt, die Bauten zu tragbaren Zinssätzen zu finanzieren, die Preise für die Baustoffe vor ungebührlicher Steigerung zu bewahren und die reine Bauarbeit so wirtschaftlich wie nur irgend möglich zu gestalten. Das durch die Hauszinssteuer nicht gedeckte Zehntel der Baukosten wird am billigsten durch eigenes Spargeld aufgebracht. Wo aber das Sparen dieses Betrages für den Einzelnen zu lange dauern würde, ist der erfolgreiche Versuch zu gemeinsamer Ansammlung dieser Spargelder gemacht worden, die wenigstens einen Teil der Sparenden schneller zum Ziel kommen läßt.

Diese ganze Bauparentwicklung wird klar und gemeinverständlich in einer Aufzählung des Genossen Adolf Otto in der „Sozialen Bauwirtschaft“ behandelt. Die uns vorliegende Nummer 10 dieser Zeitschrift weist in einer Endbetrachtung auf die großen Erfolge der Bauparentwicklung in außerdeutschen Ländern hin, die sich auch in Deutschland einstellen werden, wenn durch klare gesetzliche Bestimmungen das Bauparentwesen in geordnete Bahnen geleitet wird.

Mit Recht wird in dem Aufsatz die Haltung der Behörde getadelt, die den Baugenossenschaften zur Wahrung ihres Gemeinnützigkeitscharakters nur eine Verzinsung der Spareinlagen mit 5 % gestattet und dadurch die Baugenossenschaftsmitglieder in Versuchung bringen, ihre Spargelder zu höheren Zinssätzen an anderen Stellen anzulegen. In Ermangelung dieser Spargelder müssen aber die Baugenossenschaften für notwendige Zwischenkredite bis zu 12 % Zinsen zahlen. Würden sie über genügend eigene Sparguthaben verfügen, so könnten auch bei höherer Zinsgewährung für die Spargelder die hohen Zinsen für die Zwischenkredite zum größten Teil erspart werden.

Ein Aufsatz von Dr. Adolf Klars über das noch stark umstrittene Stahlhaus hebt den Vorteil des Montagebaues und die dadurch erzielte kürzere Bauzeit hervor. Zwei Punkte, die für die Verbilligung des Bauens unerschütterbar von Wert sind. Das gleiche gilt von den Bauhoffen, die durch Preisringe und Syndikate sehr oft über die Gebühr verteuert werden.

Wie die schleppende Genehmigung von Bauentwürfen den Wohnungsbau hindert, zeigt die Darstellung des Leidensweges einer Baugenehmigung. Sieben Monate und 110 Besuche waren bis zur Genehmigung notwendig. Der für diese Besuche zurückgelegte Weg hatte eine Länge von

liegt dem Haupttelegraphenam gegenüber, so daß die abgehenden und ankommenden Telegramme sofort zur Weiterleitung übermittelt werden können. Seit dem Jahre 1928 obliegt der Transradio-A.-G. nur noch der Ueberseefernverkehr; den europäischen Dienst betreibt die Reichspost selbst über die Station Königsbushausen. Die Transradio-A.-G. unterhält ständige Verbindungen mit Nordamerika, Südamerika, Ägypten, Niederländisch-Indien, China, Japan, Philippinen, Siam, Abessinien und vielen andern Ländern. Mit Australien, Mexiko und weiteren Staaten soll der gegenseitige Verkehr demnächst aufgenommen werden.

Die in den Großfunkstationen aller Länder ankommenden Gespräche und Telegramme werden sofort von den Landtelegraphen weitergeleitet. Von der Geschwindigkeit kann man sich einen Begriff machen, wenn man bedenkt, daß ein Telegramm Deutschland-Nordamerika nur 30 Sekunden dauert. Eine Berliner Großbank kann innerhalb zwei Minuten erfahren, wie die Kurse an der New Yorker Börse stehen. Der Kurzwellensender hat den Langwellensender verdrängt. Bei Langwellen beträgt die Sendegeschwindigkeit bis 125 Worte und bei Kurzwellen bis 350 Worte je Minute. Die Großfunkstation Rauen hat eine tägliche Telegrammleistung nach Uebersee von etwa 50 000 Worten je Tag und etwa 1,5 Millionen Worten je Monat. Der Gesamtumfang des Sendeverkehrs nahm folgende Entwicklung: Im Jahre 1919 1,2, 1921 5,0, 1923 7,7, 1925 11,9, 1926 12,7, 1927 13,4, 1928 16,3 Millionen Worte, davon 11,3 Millionen nach Nordamerika. In diesem Jahre hofft man auf eine Jahresleistung von 20 Millionen Worten zu kommen. Innerhalb 10 Jahren ist also der Sendeverkehr um das 16fache gesteigert worden. In dieser Entwicklung ist die Bedeutung des Uebersee-Funkverkehrs am besten zu ersehen. In

Deine Filialverwaltung legt Dir das „FACHBLATT“ gern zur Ansicht vor!

Stume nicht länger!

323 Kilometer, die der Strecke Berlin-Innsbruck entsprechen. Die Einstellung der privaten Bauwirtschaft gegen die wirtschaftlichere Gestaltung der Bauarbeit und die ganz andere Einstellung der Bauarbeiter werden durch weitere Notizen charakterisiert. Das Heft enthält dann noch einen Begründungsaussatz zum zehnjährigen Bestehen des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, und wertvolle Beiträge des Geschäftsführers der Hamburger Malerergesellschaft, Paul Junge, über die Zerföhrung von Dejarbenanstellungen durch das Abfäuern von Siegelsteinfassaden sowie des Ingenieurs Frh. Meissen über eine neu erfundene Betonmischmaschine mit selbsttätig einstellbarer Zementzuföhrung.

Eine Anzahl von Berichten über die Tätigkeit verschiedener Bauhöfen zeugt von der inneren Stärke der Bauhöfenbewegung.

Gewerkschaftliches

Der Deutsche Verkehrsbund hat in Cuxhaven eine Heimstätte errichtet, die den Mitgliedern angenehmen längeren oder kürzeren Aufenthalt, bei preiswerter, guter Verpflegung bietet. Die Heimstätte enthält über 100 Fremdenzimmer, eine moderne Badeanstalt, eine Jugendherberge mit Räumen für 70 Jugendliche, ein Restaurant, einen Speisesaal, ein Les- und ein Schreibzimmer. Möge der schöne, wie zweckmäßige Bau seinen Besuchern allzeit eine willkommene Heimstätte und ein stolzes Wahrzeichen gelehrter Kräfte im Verbandsbleiben!

Verföhmungsbefrebungen.

Zwischen dem Verkehrsbund und dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter sind seit Beginn dieses Jahres Verhandlungen im Gange, die den Zusammenschluß dieser beiden großen Verbände fördern sollen. Näheren Bericht über den Stand der Verhandlungen würde auf einer kürzlich in Berlin tagenden Konferenz des erweiterten Vorstandes vom Verkehrsbund erstattet, an der auch Vertreter des Gemeindearbeiterverbandes teilnahmen. Der Bericht des Vorsitzenden Schumann fand die einstimmige Billigung der Konferenz. Auf der erzielten Grundlage soll nun weiter verhandelt werden, wobei die Regelung der Beiträge und der neu einzuföhrenden Invalidenunterstützung hauptsächlich in Betracht kommen. Man hofft, wenn auch die beiden Organisationen später zustimmen, die Arbeiten so zu fördern, daß zum Jahreschluß die Verföhmung perfekt werden könne.

Genossenschaftliches

Genossenschaftlich konzentrierte Wirtschaft.

Es ist allgemein bekannt, daß die Konzentration der Kräfte in der Volkswirtschaft ein Höchstmaß an wirtschaftlicher Leistung bei gleichzeitiger Senkung der angewandten Kräfte im Vergleich zur differenzierten Wirtschaft bedeutet. Zwar hat die privatkapitalistische Wirtschaft auch schon gegenteilige Resultate geliefert, was aber nichts gegen den Grundsatz der Konzentration sagt, sehr vieles aber, wenn nicht Entscheidendes gegen die privatkapitalistische Wirtschaftsform. Denn die Privatwirtschaft kann zwar Kapital für den Wirtschaftsprozess konzentrieren, was uns schon Karl Marx in einem Kapitel über die Akkumulation des Kapitals gelehrt hat, aber die Organisation der Menschen für die Wirtschaftszwecke der Kapitalkonzentration hat sie nicht in der Hand. Womit das entscheidende Element zur dauernden Aufrechterhaltung der privatkapitalistischen Wirtschaft als Herrschaftsform fehlt.

Andererseits die konsumgenossenschaftliche Kräftekonzentration in Wirtschaft und Kapital. Hier wird durch die Organisation der Verbraucherkräften Wirtschaft- und

Kapitalkraft erzeugt und konzentriert — eine Kräftekonzentration ergänzt die andere. Woraus sich ohne weiteres die Überlegenheit der genossenschaftlichen Kräftekonzentration gegenüber der privatkapitalistischen ergibt.

Zu solchen Erwägungen muß man kommen, wenn man dem Geschäftsbericht der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg auch nur eine halbe Stunde Ueberlegung widmet. Er befaßt vor allem, wie überhaupt die konsumgenossenschaftliche Bilanz und Statistik, den Vorzug der Wahrheit und Klarheit, den man bei andern Unternehmungsformen aus steuerlichen und andern Gründen vermissen muß. Diese Großeinkaufsgesellschaft — eines der größten konsumgenossenschaftlichen Produktions- und Handelsunternehmen Europas — existiert kraft der Konzentration von nahezu 3 Millionen Verbraucherfamilien in 1500 deutschen Konsumvereinen. Sie bildet den Brennpunkt der genossenschaftlichen Massen- und Wirtschaftskonzentration. Denn bei ihr allein konzentrierte sich im Jahre 1928 ein Warenumfang von 444,4 Millionen Mark, von dem 104,7 Millionen Mark gleich 23,6% mehr als im Vorjahr auf die eigene Gütererzeugung entfallen. Sie hat beispielsweise allein in ihren modern eingerichteten Fleischwarenfabriken einen Umsatz von 17,7 Millionen Mark erzielt und damit den des Vorjahres um 10,9 Millionen Mark überschritten. Und dieser Umsatz geht nicht durch einen unwirtschaftlichen Ueberfluß von Handelskanälen an den Verbraucher, der die unnötigen Unkosten und die Kapitalprostitute der Industrie und des Großhandels bezahlen muß, sondern lediglich durch die Konsumvereine auf dem direkten Wege an die Verbraucher.

Daß sich aus einer solch konzentrierten und vereinfachten Wirtschaft Kapital entwickelt, das wiederum dem genossenschaftlichen Wirtschaftsprozess dient, also der Gemeinwirtschaft, zeigen ein paar Bilanzzahlen der Großeinkaufsgesellschaft. Sie besitzt eigene Bankabteilung, die an Bankeinlagen im Jahre 1928 108,4 Millionen Mark verzeichnet — zum großen Teile Ersparnisse der in den Konsumvereinen organisierten Verbraucher. Sichergestellt sind diese Vertrauensgelder durch 77,3 Millionen Mark sogenannte flüssige Mittel. Von einem Stammkapital mit 15 Millionen Mark sind rund 10 Millionen Mark einbezahlt. Und der Ueberfluß der Gesellschaft beträgt rund 4,4 Millionen Mark. Bei 8,7 Millionen Mark Abschreibungen an Grundstücken und Einrichtungen. Dabei sind 13,8 Millionen Mark Reserven vorhanden, denen weitere 3,8 Millionen Mark aus dem Ueberfluß zugewiesen werden sollen, so daß die Reserven auf 17,6 Millionen Mark anwachsen — bei 10 Millionen eingezahltem Stammkapital. Und die „Aktionäre“ — das sind die Konsumvereine — erhalten nur eine Kapitalverzinsung von 5% gleich 578 000.

Aber das durch die konzentrierte Wirtschaftskraft der Verbraucherkräften angesammelte Kapital wird immer wieder von neuem in den Dienst der konsumgenossenschaftlichen Gemeinwirtschaft gestellt, um immer wieder neue und größere Werte zu erzeugen.

So gibt diese genossenschaftlich konzentrierte Wirtschaftskraft ein klassisches Beispiel von der Entwicklung der Wirtschaftsdemokratie, einen lehrreichen Anschauungsunterricht über den — konstruktiven Sozialismus.

Sozialpolitisches

Die Preisentwicklung im Groß- und Kleinhandel.

Die ziemlich stabil gebliebenen Preise trotz der rückgängigen Konjunktur und des harten Winters beweisen für sich schon, daß wir in Deutschland die ausgleichend wirkenden Konjunkturfaktoren eingebüßt haben. Die starre verbandsmäßige Gebundenheit verhindert ein Sinken der Preise, obwohl sie konjunkturell notwendig wäre. Die Fertigwarenpreise im Großhandel haben seit dem konjunk-

turellen Höhepunkt (Oktober 1928 bis Anfang Mai dieses Jahres) einen Rückgang von 1,6 p. H. erfahren. Bei einzelnen Artikeln der Konsumgüter, so z. B. für Schuhe, sind die Großhandelspreise noch stärker heruntergegangen. Im Einzelhandel ist die Preisbewegung um keinen Deut verändert. Das Konjunkturinstitut findet dies auffallend und schreibt dazu: „Offenbar sind die Absatzverhältnisse im Einzelhandel noch so, daß kein Zwang besteht, durch Preisherabsetzung in größerem Umfange der Nachfrage entgegenzukommen; vielmehr vermochte sich im Einzelhandel anscheinend die Kalkulation nach den Einstandspreisen bisher noch zu behaupten.“ — Es ist eben die alte Geschichte, daß bei einem Emporschnellen der Preise im Großhandel der Einzelhandel sofort nachzufolgen pflegt, während bei einem Sinken der Großhandelspreise der Einzelhandel sich sehr lange Zeit läßt, ehe er den Preisen auch nur annähernd nachfolgt. In einer solchen Situation wie der jetzigen, kann der Einzelhandel einen viel größeren Nutzen buchen, als zu gewöhnlichen Zeiten. Von maßgebender Seite wird erwartet, daß das hohe Zinsniveau recht bald eine weitere Senkung der Preise im Gefolge haben wird. Hinzukommt noch die künstliche Einschränkung des Geldumlaufs, die die Reichsbank infolge der Devisenschwierigkeiten vorzunehmen beabsichtigt. Ein Beispiel hiervon hatten wir im Frühjahr 1925, wo ein ganz gewaltiger Preisrückgang nach einer ähnlichen Maßnahme der Reichsbank eintrat. Bis jetzt ist aber von einem Sinken der Preise infolge der Zinshöhe und der Kreditbeschränkung der Reichsbank noch nichts zu merken. Ob sie sich diesmal in dieser Richtung auswirken wird, ist noch vollständig ungewiß.

Die Riesengewinne des Linoleumtrusts.

Der hauptsächlich vom deutschen Kapital beherrschte kontinentale Linoleumtrust, die Continental-Linoleum A. G., Jülich, die eine Anzahl großer Linoleumunternehmungen in Deutschland, der Schweiz, den skandinavischen Ländern, in jüngster Zeit auch in Frankreich und Holland, in einen Spitzenverband zusammenschloß, verteilte bisher eine Dividende von 15%. Die gewaltigen Gewinne würden eine starke Erhöhung der Dividende ermöglichen. Um die Gewinne nicht in Erscheinung treten zu lassen und dem Trust neue Mittel für weitere Ausdehnung zu verschaffen, wurde eine Kapitalerhöhung beschlossen, die mit einer erheblichen Kapitalverwässerung verbunden war: Die Aktionäre erhalten die jungen Aktien zu 115% bei einem Nennwert von über 300%. Der Linoleumtrust wird seinen Machtbereich durch die Gründung eines Unternehmens in Polen demnächst ausdehnen. Mit dem englischen Linoleumkartell, dem Gegenpieler des kontinentalen Linoleumtrusts, werden zur Zeit Verhandlungen für eine Vereinbarung über das französische Absatzgebiet geführt, wo die beiden großen Gruppen bisher in scharfem Konkurrenzkampf standen. Die Einföhr der englischen Kartellmitglieder nach Frankreich war jedoch viel größer als die der dem Continental-Linoleum-Trust angeschlossenen Unternehmungen. Durch den Ankauf und die Angliederung des französischen Linoleumunternehmens „Carlino“, einem modernen Betrieb mit großer Leistungsfähigkeit, hat nun der kontinentale Linoleumtrust eine starke Waffe gegen die englischen Produzenten in die Hand bekommen, die das englische Kartell voraussichtlich zu einer Vereinbarung für die Aufteilung des französischen Absatzes föhren wird.

Die steigende Proletarisierung.

Wie der „Arbeitsmarkt-Anzeiger“ des Landesarbeitsamts Nordmark in seiner Nummer 20 berichtet, wurde im Stadtgebiet des Arbeitsamts Hamburg festgestellt, daß 13% (485 Personen) sämtlicher am Anfang des Monats April vorhandenen beschäftigungslosen Angestellten, früher eine selbständige Tätigkeit ausgeübt haben. Von diesen 485 Personen hatten eine selbständige Tätigkeit ausgeübt: bis 1 Jahr 4,1%, von 1 bis 2 Jahre 7,8%, bis 3 Jahre 9,7%,

Jahre 1928 entfielen von dem Gesamtverkehr 2 392 650 Wörter auf den internationalen Presseverkehr. Nur auf diese Art ist es möglich, daß wir an dem gleichen Tage in den Zeitungen das finden, was in andern Erdteilen passiert ist. Die Großfunkstation Rauen erledigt sowohl die Telegraphie, wie auch die Telephonie und die Bildübertragung.

Die bedeckte Fläche der Antennen hat einen Durchmesser von 2,5 Kilometer. Es sind insgesamt 12 Großmasten vorhanden; zwei in einer Höhe von 260 Meter, 7 von je 210 Meter und 3 von 150 Meter. Das Eisengewicht beträgt von 100 bis 360 Tonnen je Mast. Die Masten ruhen auf Porzellanisolatoren, wodurch sie von der Erde isoliert sind. Verwandelt werden in der Hauptsache Kurzwellensender mit Wellen von 15 bis 40 Meter. Von den Antennen sind je zwei parallel geschaltet. Vorhanden sind 7 Kurzwellensender für je 20-Kilowatt-Antennenenergie.

Für den Verkehr nach Ostasien, Nordamerika usw. dienen Maschinensender von 400 Kilowatt. Der benötigte elektrische Strom wird in 100 000 Voltleistungen vom Kraftwerk Finkenherd bei Frankfurt an der Oder bis Spandau und von dort mit 15 000 Voltleistungen direkt zur Funkstation geliefert.

Es wird unsere Kollegen interessieren, wie hoch die Gebühren des drahtlosen Ueberseeverkehrs sind. In einem gewöhnlichen Telegramm nach New York beträgt die Wortgebühr 1,10 M., in einem dringenden Telegramm 3,30 M., in sogenannte LC-Telegramme 0,55 M., Nachtelegramme 0,40 M., Wochenendtelegramme 0,35 M. und Pressetelegramme 0,30 M. Die Bezahlung erfolgt in der Regel von dem Aufseher des Telegramms, die Gebühr kann aber auch von dem Empfänger eingezogen werden. Wenn man bedenkt, daß im internationalen Verkehr das Codesystem sich eingebürgert hat, so kann man

nicht sagen, daß die Gebühren zu hoch sind. Für das Codesystem können ja mehrere Worte in eins zusammengezogen werden.

Als wir auf dem Dache des Maschinenhauses der Funkstation standen und in das Gewirr von Drähten über uns blickten, beschlich manchen von uns ein eigentümliches Gefühl. Welchen Entwicklungsgang hat die Menschheit allein in drei bis vier Generationen durchgemessen. Vor hundert Jahren war der Mensch noch allein auf seine Füße oder auf das Pferdefuhrwerk angewiesen? Eine Reise durch Deutschland dauerte Wochen und war mit unerhörten Beschwerden verbunden. Dann kamen die Eisenbahnen und Dampfschiffe. Die internationale Durchdringung der Erde begann. Die Entfernungen hatten bereits ihre Schrecken verloren. Kraftfahrzeuge, Luftschiffe und Flugzeuge taten ein übriges. Im fernerer Verlauf der Entwicklung holte sich der Mensch seinen größten Wohltäter, den Blitz, vom Himmel. Die Elektrizität ist der größte Revolutionär der Menschheitsentwicklung. Durch die Elektrizität wurden die Entfernungen vollständig überwunden. Es gibt im Verkehr zwischen Volk und Volk keine Hindernisse mehr. Erst jetzt fühlen wir, wie klein die Erde ist. Und als wir die Apparate ticken hörten, da vermeinten wir aus fernen Welten Stimmen zu vernehmen, die uns sagten: Warum sind die Menschen aller Rassen und Sprachen nicht Brüder; weshalb sind noch Millionen in Waffen, wo große Entfernungen die alten Begriffe von Nation und Vaterland überwunden haben? Die Wunder der Technik, die der Arbeit, Hirn und Hände, entsprungen, können nur Segen bringen, wenn Fortschritt dieser Art in den Dienst aller Menschen gestellt werden. Die gesamte Erde verwandelt sich in einen Garten Eden, wenn Haß, Zwietracht und gegenseitige Zerfleischung der Liebe und der gegenseitigen Verständigung

Platz machen. — Dieses und ähnliches glaubten wir aus den Apparaten herauszuhören. Und in solchen Gedanken schieden wir von Rauen, jedoch mit dem Gelübnis, mit allen Kräften an einer Entwicklung zu Frieden und Wohlstand mitzuarbeiten. Den Vertretern der Transradio-A. G. für die liebenswürdige Aufnahme unsern Dank.

Diskussion.

So viele Köpfe, so viel Meinungen — und jede fordert streng für sich das Recht, sie will nicht sein des andern Ansicht Knecht und waffnet hart sich mit Verneinungen.

So wird zersplittert, was ein Wille war und nieder sinkt der Arm, schon festgefäßt; es ist Gefahr, daß man die Kräfte wählt, wenn zur Verfügung steht ein starker Aar.

Dem Stärksten alle Kraft! Das sei Befehl, was er erseigt, kommt allen dann zugut; er dämmt ein des giftigen Reides Fluß und fängt die Trägen in des Willens Netz.

So ausgerüstet fährt er jeden Kampf zu edlem Ende. Unfre Herzen lohn! Die Glieder atmen frei von Druck und Krampf, Befreiung winkt uns nach gewalt'ger Fron.

Verstummt ist aller Streit und Rörgelei, entgegen streckt sich wieder Hand und Hand; das Auge glüht empor, von Jagen frei, und alle einigt neu das Bruderband!

August Steinbrügge

